

Niederschrift

zur 8. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 27.05.2020	18:32 - 22:16 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda, Monika Fiedler,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer Vertretung für Frau Sabine Niels, Christina Krüger,

SPD-Fraktion

Elke Wagner,

FDP-Fraktion

Petra Schumann,

Alternative für Deutschland (AfD)

Jürgen Gebauer,

Bündnis 90/Die Grünen

Cornelia Behrmann,

Verwaltung

Erster Beigeordneter Herr Wichary, Gleichstellungsbeauftragte Frau Trilling, Integrationsbeauftragte Frau Hoffmann, Fachgruppenleiter Kultur und Sport Herr Kaul, die Vorsitzende des Personalrates Frau Matusch und die Stellvertreterin Frau Meister, Frau Stein für das Protokoll,

Gäste

Vorsitzender des Seniorenbeirates Herr Karbe, Vorsitzender des Kita- und Grundschulbeirates Herr Giesau und die Mitglieder Frau Keßlau und Herr Fechner, sechs weitere Gäste im Foyer, für die MOZ Herr Miloslavich und für den Spreeboten Herr Ulbricht.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet um 18.32 Uhr die 8. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die Ladung ist ordnungsgemäß erfolgt. Es sind 10 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Wagner teilt mit, dass die Niederschriften nicht vorliegen und diese TOPe somit entfallen.

Herr Wichary erläutert, warum das Thema „Coronavirus SARS-CoV-2“ auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung thematisiert wird.

Der TOP 9.1., kurz Mobbingbeauftragte/r, ist ein hochsensibles Thema. Aus diesem Grund schlägt die **Vorsitzende** vor, diesen Antrag bei Bedarf noch einmal im nicht öffentlichen Teil zu besprechen. Die Anwesenden erklären sich einverstanden.

Die Tagesordnung wird in geänderter Fassung festgestellt.

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschriften

TOP 4.1 5. Sitzung vom 08.01.2020

entfällt

TOP 4.2 6. Sitzung vom 12.02.2020

entfällt

TOP 4.3 7. Sitzung vom 11.03.2020

entfällt

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Die Stadtverordneten haben beschlossen, dass sie in das Gremium zur Entscheidung über die Mittel des Verfügungsfonds vom Quartiersmanagement entsendet wird. Nun informiert sie, dass eine erste Sitzung stattgefunden hat, in der zwei Beschlüsse gefasst wurden. Eine weitere Zusammenkunft ist bereits für Juni geplant. Ein ausführlicher Bericht zum Arbeitsstand des Gremiums erfolgt in der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

keiner

TOP 7 Anfragen der Beiräte

Der **Vorsitzende des Seniorenbeirates Herr Karbe** berichtet, dass nach Rücksprache mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die 27. Seniorenwoche, auf Grund der Corona Pandemie, ins nächste Jahr verschoben wird.

Abschließend fragt er an, ob es eine Möglichkeit gibt, trotz derzeitiger Schließung der Verwaltung diese zu betreten, worauf **Herr Wichary** darauf hinweist, dass Terminvereinbarungen getroffen und im Erdgeschoss des Bürgerbüros wahrgenommen werden können. Dieses Angebot wird von **Herrn Karbe** auf Grund des Datenschutzes abgelehnt. Für Beratungen steht zusätzlich der Beratungsraum im Alten Rathaus zur Verfügung..

TOP 8 Thema Integration

Die **Integrationsbeauftragte** stellt anhand einer Übersicht die aktuellen Maßnahmen aus den Mitteln der Integrationspauschale der Jahre 2019 und 2020 vor. (Die Übersicht ist dem TOP beige-fügt.)

Das Diakonische Werk Oderland – Spree e.V. hat ihren Antrag „Aufsuchende Sozialarbeit mit Geflüchteten in der Stadt Fürstenwalde“ zurückgezogen. Das heißt, dass insgesamt 74.800,00 Euro frei werden und anderweitig eingesetzt werden können. Dies ist derzeit in Prüfung. Eine Idee dazu ist, das Projekt „Street-Soccer-Court“ aufzustocken. Die ursprünglichen Mittel in Höhe von 35.426,94 Euro reichen nur für eine Kofinanzierung aus. Die Aufstockung auf 110.226,94 Euro würde den Bau eines Street-Soccer-Courts zulassen.

Auf die Frage von **Frau Behrmann**, wie viele Projekte sich explizit an Frauen richten, erklärt **Frau Hoffmann**, dass zu 90 % der Projekte von Frauen genutzt werden.

Frau Fiedler fragt nach, warum die Stelle „Integration für Sport“ befristet ist, worauf **Frau Hoffmann** erklärt, dass diese aus der Integrationspauschale finanziert wird und diese nicht langfristig gezahlt wird.

Der Landkreis hat die Thematik „Aufnahme minderjähriger Geflüchteter“ beschlossen. Auf die Frage, ob es schon etwas Genaueres gibt, erwidert Frau Hoffmann, dass davon auszugehen ist, wenn das Land Brandenburg aufnimmt, dass dann die Geflüchteten in Potsdam bleiben.

TOP 9 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 9.1 gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE und SPD Benennung7/AN/166 einer/eines unabhängigen Beauftragten für von Mobbing betroffenen Mitarbeiter/Innen der Stadtverwaltung Fürstenwalde/Spree und ihrer Gesellschaften

Nachdem **Frau Trilling** sich am Mikrophon positioniert hat, stellt **Herrn Fischer** einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er möchte, dass der Gleichstellungsbeauftragten das Rederecht untersagt wird, da zum jetzigen Zeitpunkt keine personenbezogenen Daten zitiert und nicht über Dritte gesprochen werden sollte, die nicht anwesend sind.

Daraufhin entfachte eine kontroverse Diskussion unter den Anwesenden.

Frau Trilling entgegnete dem Vorwurf, dass sie nicht aus der Rede des Bürgermeisters zitieren will, sondern lediglich nur eine öffentliche Stellungnahme zum Thema „Mobbing“ abgeben möchte.

Frau Fiedler bittet um einen friedlichen und sachlich – konstruktiven Umgang der Stadtverordneten miteinander.

Die **Vorsitzende** bittet die Stadtverordneten um ihr Votum zum Rederecht von Frau Trilling.

Zustimmung Ja 7 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0

Im Laufe des Jahres 2019 gab es mehrere Anfragen der Fachgruppe Personalwesen im Zusammenhang mit Mobbinganzeigen von Beschäftigten. In Abstimmung mit dem Bürgermeister, der Fachgruppe Personalwesen und dem Personalrat wurde die Gleichstellungsbeauftragte zugleich auch interne Ansprechpartnerin für von Mobbing betroffene Mitarbeiter*innen.

Um den Beschäftigten gegenüber sachkundig und qualifiziert agieren zu können, besuchte sie im Dezember 2019 eine Weiterbildung mit dem Titel „Mobbing – Recht haben und Recht bekommen“. Darin wurde vor allem behandelt, welche Schritte der Arbeitgeber gehen muss, um seiner Verantwortung nachzukommen. Des Weiteren wurden die Themen: Mobbing als Gefährdung für die Gesundheit einzelner und Erhaltung des Betriebsfriedens bearbeitet. Außerdem hat sie gerade eine einjährige Ausbildung zur Mediatorin begonnen, um bei Konflikten vermitteln zu können.

Im Jahr 2019 wurden vier Mobbingfälle bearbeitet, darunter bezog sich ein Fall direkt auf den Bürgermeister. Daraufhin gab es am 10. Februar 2020 ein Personalgespräch mit dem Bürgermeister in einer größeren Runde. Im Jahr 2020 gab es bislang einen Fall, der durch die Fachgruppe Personalwesen angezeigt und an Frau Trilling weitergeleitet wurde.

Mit Stand vom 29.4.2020 erklärte der Bürgermeister, dass keine Mobbingfälle im Rathaus bekannt wären, jedoch entspricht dies nicht den Tatsachen!

Die stellvertretende Vorsitzende des Personalrates **Frau Meister** macht darauf aufmerksam, dass sich Mobbing nicht nur im Arbeitsleben widerspiegelt, sondern die gesamte Lebensqualität der Betroffenen einschränkt. Viele wagen jedoch nicht den Schritt zur Anzeige. Wichtig ist aber auch, nicht nur den Kontakt zu den Mobbing und Bossing betroffenen Mitarbeiter*innen aufzunehmen und nach schnellen Lösungswegen zu suchen, sondern auch zu denen, denen dies vorgeworfen wird.

Im Namen des Personalrates bittet sie eindringlich den hier vorliegenden Antrag zuzustimmen und schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die unabhängigen Beauftragten von ihnen begleitet und unterstützt werden (Personalratsbeteiligung). Hierzu müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um das eine zügige Umsetzung erfolgen kann.

Herr Fischer beantragt, dass es eine/n Mobbingbeauftragte/n für die gesamte Stadt laut Kommunalverfassung geben sollte, worauf **Herr Wichary** hinweist, dass dies eine Änderung der Hauptsatzung erforderlich machen würde und das wäre ein umfangreicherer Prozess.

Herr Petenati spricht den Rednerinnen Dank aus und bittet die Stadtverordneten um Zustimmung zum Antrag.

Herr Fischer sieht sich mit dem Anliegen in seine Persönlichkeitsrechte eingeschränkt und ist der Meinung, dass dies ureigenste Sache des Personalrates und intern zu klären ist, worauf sich **Herr Teichmann** dagegen ausspricht.

Mobbingtatbestände sind nicht nur Angelegenheit des Personalrates, ergänzt **Frau Meister**.

Die Stadtverordnete **Frau Behrmann** möchte dem Antrag zustimmen, weist aber darauf hin, dass ihr keine zwei Pfarrer*innen aus der Kirchengemeinde Fürstenwalde bekannt sind. Sie schlägt vor, die „Beauftragten“ durch „externe Dritte“ zu ersetzen, worauf **Frau Bargenda** „Ansprechpartner“ vorschlägt.

Die **Vorsitzende** geht auf die letzten Aussagen von Herr Fischer ein und weist darauf hin, dass

Mobbingbeauftragte für die ganze Stadt so nicht funktionieren würde. Der Personalrat ist in diesen Prozessen auf jeden Fall mit einzubeziehen.

Frau Fiedler regt an, im Beschlussvorschlag „bis auf Widerruf“ aufzunehmen. Sie schlägt vor, gemeinsam den Beschlussvorschlag heute umzuformulieren.

Für Mobbing und Bossing ist der Arbeitgeber und der Personalrat zuständig und nicht die Stadtverordnetenversammlung, meint **Herr Fischer**, worauf die **Vorsitzende** energisch **Herrn Fischer** darauf hinweist, dass er den Sachverhalt zerredet. Die Stadtverordneten sind die Dienstaufsicht der Verwaltung und sogar dem Bürgermeister weisungsberechtigt!

Diesbezüglich verweist **Frau Meister** auf das Personalvertretungsgesetz und das Landesgleichstellungsgesetz.

Nachdem **Frau Fiedler** ihren persönlichen Eindruck von der hier geführten kontroversen Diskussion mitgeteilt hat, beantragt sie die Debatte zu beenden (Antrag zur Geschäftsordnung).

Herr Fischer erinnert an seinen Antrag, eine/n Mobbingbeauftragte/n nach Kommunalverfassung zu benennen.

Zustimmung Ja 3 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

Herr Teichmann formuliert anschließend den Beschlussvorschlag unter Einbeziehung der Änderungsvorschläge wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt zwei unabhängige Personen im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung als Ansprechpartnerinnen für von Mobbing und Bossing betroffene MitarbeiterInnen der Stadt Fürstenwalde und ihrer Gesellschaften bis auf Widerruf. Am Prozess wird der Personalrat angemessen beteiligt.

Zustimmung mit Änderung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9.2 Familienkarte SCHWAPP, familienfreundlichere Konditionen

7/AN/177

Herr Gebauer bringt den Antrag im Namen seiner Fraktion ein, worauf **Frau Bargenda** kurz die Situation im SCHWAPP zusammenfasst. Zum einen geht es um Sanierung und zum anderen um gängige Preise. Sie schlägt vor den Antrag auszusetzen und zunächst den Dienstantritt des neuen Werkleiters abzuwarten.

Dahingehend tendieren auch **Frau Behrmann, Frau Fiedler, Herr Fischer, Herr Petenati** und **Frau Schumann**. Zumal die Diskussionen bezüglich Familienfreundlichkeit und Preisgestaltung bereits in der Vergangenheit im politischen Raum umfangreich diskutiert wurden.

Herr Gebauer geht auf die Argumente der Anwesenden ein und zieht den Antrag zurück. Er wird seitens der Fraktion überarbeitet und zur gegebenen Zeit neu eingebracht.

Zurückziehung

TOP 9.3 Coronavirus SARS-CoV-2: Auswirkungen und Maßnahmen in der Stadt Fürstenwalde/Spree

(Herr Dippe tauscht für den restlichen Teil der Sitzung um 20.10 Uhr den Platz mit Herrn Fischer.)

Herr Wichary erläutert die Situationen seit Beginn der Pandemie und deren Entwicklung zum heutigen Stand an den städtischen Kindertagesstätten, Horten, Schulen und zum sozialen Bereich der Stadt. Zu den Bereichen Kultur und Sport informiert **Herr Kaul**.

(Die Präsentationen zu den TOP 9.3.1., 9.3.3., 9.3.4. und 9.3.5. werden zeitnah eingestellt.)

TOP 9.3.1 Kindertagesstätten

Präsentation Kindertagesstätten:

- Rückblick
- Rahmenbedingungen
- Krippe/Kindergarten – eingeschränkter Regelbetrieb
- Ausblick

Frau Fiedler

Fallzahl Kindeswohlgefährdung

Herr Wichary teilt mit, dass es sich nach seiner Kenntnis um einstellige Zahl von Fällen handelt.

Frau Keßler

Betreuungsgebühren

Auf Anfrage teilt **Herr Wichary** mit, dass die Stadtverordnetenversammlung Anfang April 2020 beschlossen hat, keine Elternbeiträge zu erheben. Derzeit werden auf Beiträge von 304 Kindern verzichtet, die der Stadt auch nicht erstattet werden. Ab Juni 2020 werden für alle Kinder die in Betreuung sind, Beiträge je Betreuungszeit erhoben.

Petitionspapier - weitere Unterbringungsmöglichkeiten

Bisher hat kein Elternteil signalisiert, dass sie ihr Kind in eine andere Einrichtung zur Betreuung geben wollen, so **Herr Wichary**. Es gab die Überlegung, die Kinder in den Turnhallen betreuen zu lassen. Das war jedoch nicht möglich, da die sanitären Bedingungen dies nicht zulassen.

TOP 9.3.2 Schulen

Die Stadt ist Träger der vier Grundschulen: Gerhard-Goßmann, Theodor-Fontane, Sigmund-Jähn und Sonnengrundschule, an denen jeweils eine Sekretärin und ein Hausmeister als städtisches Personal beschäftigt sind. Zuständig für die Lehrkräfte ist das Staatliche Schulamt in Frankfurt/Oder. Die Lehrkräfte arbeiten nach den Vorgaben des Brandenburgischen Bildungsministerium und des Staatlichen Schulamtes.

Die Wiederaufnahme des Schulbetriebes nach der Corona Pandemie erfolgte gestaffelt nach Jahrgangsstufen seit dem 04. Mai 2020.

Gerhard-Goßmann-Grundschule

Die Klassen sind gedrittelt und die Beschulung erfolgt an verschiedenen Wochentagen im Schichtsystem.

Sonnengrundschule

Die Treppenaufgänge sind zu eng um die Abstandsregelungen einzuhalten und somit gibt es hier einen „Einbahnstraßenbetrieb“.

Sigmund-Jähn-Grundschule (SJG)

Jeder Schüler hat zwei bis vier Unterrichtsstunden im Schichtsystem. Förderungen sind dabei noch möglich.

Theodor-Fontane-Grundschule (TFG)

Die Klassen wurden in A, B oder C- Gruppen geteilt.

An allen vier Schulen finden die Pausen gestaffelt statt. Für die einzelnen Schülergruppen sind die Stellplätze auf den Schulhöfen entsprechend markiert.

Herr Giesau ist der Meinung, dass die aktuelle Schulsituation alles andere als optimal ist und dass das neue Schuljahr anders organisiert werden sollte, z. B. hybrider Unterricht und bessere technische Ausstattung. Worauf **Herr Wichary** mitteilt, dass sich die Stadt im Rahmen des Digitalpakts bereits engagiert. Die Bundesregierung hat ein zusätzliches Förderprogramm angekündigt, um die Schulen mit mobilen Endgeräten auszustatten.

Auf Anfrage von **Herrn Dippe** erläutert **Herr Wichary**, dass es träger- und schulübergreifende Aktivitäten gibt. So gibt es Netzwerke und Treffen der Schulleitungen, die einen regen Austausch untereinander möglich machen.

Herr Dippe beantragt für die anwesenden Schulleiterin der Sigmund-Jähn-Grundschule Frau Tesch und für die Schulleiterin der Gerhard-Goßmann-Grundschule Frau Püschel Rederecht.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Frau Tesch berichtet, dass ihr Lehrerkollegium seit dem 18. März 2020 mit der Schulcloud und mit Videokonferenzen arbeitet. Für die Schüler*innen wurden Lernmittel erstellt, die wöchentlich korrigiert werden. Die Schulleiterin ist der Meinung, dass die Schule nicht an ihren Voraussetzungen scheitert, sondern eher an der technischen Ausstattung oder an der Leistungsfähigkeit der Eltern.

Im Anschluss schildert **Frau Püschel** die Situation an der Gerhard-Goßmann-Grundschule. Dort sind viele Medien vorhanden, einige davon sind aber noch nicht angeschlossen. Oft gibt es technische Probleme mit dem Internet und so haben die Lehrkräfte teilweise Videos zu Hause gedreht. Die Schulcloud ist auch hier im Einsatz. Eltern, die nicht damit arbeiten wollen, erhalten ein analoges Angebot.

Auf Anfrage von **Herrn Dippe**, wie es mit den Abschluss- und Einschulungsfeiern gehandhabt wird, teilt zunächst **Frau Püschel** mit, dass Abschlussfeiern in der Aula, jedoch ohne Eltern und die Einschulungsfeiern, wenn möglich im Freien durchgeführt werden. Zum Letzteren erfolgen noch interne Abstimmungen.

Frau Tesch wird für die Einschulungsfeier und für die Zeugnisausgabe die Juri-Gagarin-Halle nutzen.

Herr Dippe möchte wissen, woran es mit dem Internet scheitert. **Herr Wichary** kennt das Problem und versichert, dass er schon länger auf Abhilfe drängt.

TOP 9.3.3 Soziales

Präsentation Soziales:

➤ Kinder- und Jugendarbeit

Viele Angebote funktionieren nur über Präsenz. Um mit Kindern, Jugendlichen und Eltern ins Gespräch zu kommen, hat sich die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Lebenshilfe und dem Quartiermanagement Infotaschen für den Stadtteil Nord gepackt und an die Anwohner verteilt.

Mit der Schließung und Wiedereröffnung der Spielplätze gab es keine großen Probleme. Im Zusammenhang mit der Wiedereröffnung der Jugendclubs gibt es jedoch noch einige Fragen zu klären.

➤ Familienbündnis

- ✓ Angebote zum Erliegen gekommen.
- Arbeit der Selbsthilfegruppen
 - ✓ Sitzungen sind ausgesetzt
 - ✓ teilweiser Ersatz doch Telefonkonferenzen
- Arbeit mit behinderten Menschen
 - ✓ Aktionen wurden abgesagt
- Seniorenarbeit
 - ✓ die 27. Seniorenwoche wird ins nächste Jahr verschoben

Wohngeld:

Anschließend geht **Herr Wichary** auf die aktuelle Entwicklung im Bereich Wohngeld ein. Im Rahmen der Gewährung von Kurzarbeitergeld haben viele Haushalte Anspruch auf Mietzuschuss. So hat sich der insgesamte Auszahlungsbetrag verdreifacht.

Stadtbibliothek:

Kurz von der Schließung am 18. März 2020 gab es so viele Nutzer wie noch nie. Es bestand die Möglichkeit, mit Terminvereinbarung kontaktlos Medien auszuleihen. Die Leihfrist wurde verlängert. Bis Ende Mai 2020 sind alle Veranstaltungen abgesagt. Seit dem 27. April 2020 gab es Sonderöffnungszeiten unter starken Hygieneregeln. Seit dem 11. Mai 2020 ist die Einrichtung zu den bekannten Zeiten wieder geöffnet.

Obdachlosenunterkunft:

Es sind keine Kapazitäten mehr offen. Die Justizvollzugsanstalten haben vermehrt Häftlinge entlassen, die auch in Fürstenwalde vorsprachen. Nach einer kurzfristigen Absprache mit der stadteigenen Wohnungswirtschaft GmbH stellt sie bei weiterem Bedarf Wohnraum zur Nutzung zur Verfügung. Allerdings müssen hier noch die „Betreuungsmöglichkeiten“ geklärt werden.

Frauenhaus:

Bei Bedarf können die Kapazitäten erweitert werden.

Zur abschließende Frage bezüglich Pflegeheime und den Samariteranstalten teilt **Herr Wichary** mit, dass die Verwaltung nur eingeschränkten Kontakt hatte. Hier fanden direkte Abstimmungen mit dem Landkreis statt.

TOP 9.3.4 Sport

Am 18. März 2020 mussten nicht nur alle kommunalen Sportstätten, sondern auch alle öffentliche und privaten Sportanlagen, Schwimmbäder, Fitnessstudios, Tanzstudios und ähnliches schließen. Laut der Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 und COVID-19 in Brandenburg, bestand die Möglichkeit eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen. So hat es u. a. die BSG Pneumant e. V. für die Sektion Minigolf geschafft.

Herr Kaul schildert, ab wann es welche Erleichterungen für den kontaktlosen Sport gab. Das Grundproblem stellten jedoch die sanitären Anlagen dar, denn diese durften nicht genutzt werden. Der Trainingsbetrieb war nicht möglich, sondern nur Bewegungsangebote.

Seit dem 20. April 2020 wird die edis-Arena für den Schulunterricht genutzt. Ab 18. Mai 2020 wurden die Sportstätten: Friesenstadion, Pneumant Sportforum, Harbig Stadion, Außenanlage e.dis Arena und EWE Sporthalle sowie das Tenniscenter wieder geöffnet.

Im Vergleich zum Vorjahr informiert der Fachgruppenleiter Kultur und Sport, welche Auswirkungen die Pandemie auf die Förderungen und Einnahmen im Vereins- und Schulsport hatte.

TOP 9.3.5 Kultur

Herr Kaul erläutert auch hier die Entwicklungen in den letzten Wochen. Gemäß der Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 und COVID-19 in Brandenburg, sind öffentliche und nichtöffentliche Veranstaltungen sowie Versammlungen und sonstige Ansammlungen untersagt worden. Daraufhin wurde am 14. April 2020 das für den 15. bis 17. Mai 2020 geplante Stadtfest öffentlich abgesagt. Zu diesem Zeitpunkt war das Programm fertig aufgestellt. Die Verträge konnten ohne größere Probleme oder Forderungen aufgelöst werden. Es sind Kosten in Höhe von 13.720 Euro entstanden.

2021 findet das Stadtfest vom 28. Mai bis 30. Mai so statt, wie es für 2020 geplant war, auch mit der gleichen Programmagentur.

Anschließend geht Herr Kaul auf die Kulturförderung ein. (Die Beträge sind der Präsentation zu entnehmen.)

Inzwischen sind der Heimattiergarten, das Museum und die Galerie wieder geöffnet. Die Kulturfabrik GgmbH hat ab Herbst ihr Veranstaltungsprogramm geplant und der Kinder- und Frauenladen Workshops bis zu 5 Personen.

TOP 10 Informationen der Verwaltung

Herr Wichary

Einschulungen zum Schuljahr 2020/2021 / Ausblick Schulbezirksetzung

- ➔ Verteilung Erstklässler
 - GGG: 81 Schüler / 4 Klassen
 - TFG: 70 Schüler / 3 Klassen
 - SoG: 62 Schüler / 3 Klassen (keine FLEX!)
 - SJG: 47 Schüler / 3 Klassen
 - GESAMT: 260 Schüler (13 Klassen) – 2019 waren es 258 Schüler
- ➔ 95 Schüler werden in Ersatzschulen eingeschult (inkl. Rauen) (2019: 77)
- ➔ 70 Rücksteller (2019: 76)
- ➔ 24 Anträge nach § 106 Brandenburgisches Schulgesetz (Wunschschule), davon 21 durch Staatliches Schulamt bewilligt
- ➔ Ausblick 2021/2022
 - ganz entscheidend, ob Stichtag (wie im Koalitionsvertrag vereinbart) geändert wird; Staatliches Schulamt kann keine Auskunft geben, empfiehlt beide Varianten zu rechnen; E-Mail-Anfrage beim MBSJ ergab, dass die aktuelle rechtliche Grundlage zitiert wurde und kein Kommentar über den Arbeitsstand „Veränderung Stichtag“ erfolgte
 - 1. Variante (Stichtagsänderung 30.6.): abzüglich der Anwahl von Ersatzschulen ist von einer 2 bis 3-Zügigkeit an unseren 4 Grundschulen auszugehen; kein Änderungsbedarf für Satzung
 - 2. Variante (Stichtag bleibt 30.09.): für die Schulbezirke der GGG und vor allem der TFG ist von zusätzlichem Bedarf auszugehen; dann gäbe es Änderungsbedarf für die Schulbezirkssatzung, jedenfalls für die TFG; hier könnte auch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit Rauen und eine Zuordnung an der SoG (bisher TFG) geprüft werden

Neufassung der Satzung über die Versorgung mit Mittagessen

- Stadtverordnetenversammlung (SVV) hat neue Satzung am 14. Mai 2020 mit Wirkung zum 1. Juni 2020 beschlossen
- Satzung wurde gestern im Amtsblatt veröffentlicht
- eine Zahlenangabe ist leider fehlerhaft: bei Kinderkrippe/-garten muss es richtig 28,93 € anstatt 29,61 € heißen
- der Fehler ist offensichtlich erst in die der SVV vorgelegten Version der Anlage 1 enthalten; in den Ausschussberatungen lag noch die richtige Version vor
- gleichwohl kann der Fehler nur durch eine erneute Beschlussfassung geheilt werden, Drucksache (DS) wird für Sitzung am 18. Juni 2020 vorbereitet; erneute Befassung der Ausschüsse aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig
- Rückwirkung zugunsten der Eltern, so dass rechtlich keine Hürden vorliegen
- Verwaltung wird im Juni 2020 den geringeren, korrekten Betrag einziehen

Aussetzung der Einziehung und Nichterhebung von Elternbeiträgen für Kinder, die in Notfallbetreuung betreut werden

- SVV hat am 6. April 2020 beschlossen:
Der Bürgermeister wird beauftragt, während des zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) bestehenden Verbots des Betriebs von Kindertageseinrichtungen in den von der Stadt getragenen Kindertagesstätten keine Elternbeiträge nach der Elternbeitragsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree für die Inanspruchnahme von kommunalen Kinderbetreuungsleistungen in Kindertagesstätten vom 5. Juli 2018 für den Monat April 2020 und für den Fall, dass die zeitliche Wirkung des Verbot des Betriebs von Kindertageseinrichtungen über den 30. April 2020 hinaus verlängert werden sollte, auch für den jeweils folgenden Monat zu erheben.
- Stand heute werden 304 Kinder in Einrichtungen der Stadt betreut und keine Elternbeiträge erhoben; für diese leistet das Land Brandenburg / der Landkreis keine Ausfallerstattung
- ab 2. Juni 2020 kommen die Kinder in der eingeschränkten Regelbetreuung hinzu; nach Neufassung der Förderrichtlinie wird Ausfallerstattung des Landes / des Landkreises weiter sinken
- freie Träger haben hinsichtlich der Beitragsbefreiung für Eltern den von Ihnen betreuten Kinder angefragt; auf das Kostenrisiko wurde in der Drucksache 7/DS/152; es kann nicht beziffert werden; dürfte über die Einnahmeausfälle der Stadt jedenfalls hinausgehen
- Stadtverwaltung beabsichtigt daher für den Monat Juni rückwirkende Beitragserhebung und bereitet daher für SVV am 18. Juni 2020 DS zur Aufhebung des SVV-Beschlusses vor.
- Beitragsfreiheit für April und Mai bleibt

- SVV hat am 6. April 2020 ebenfalls beschlossen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, während des zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) bestehenden Verbots des Betriebs von Kindertageseinrichtungen in den von der Stadt getragenen Kindertagesstätten keine Essengeld-Elternbeiträge in der durch die Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree vom 31. Januar 2019 bestimmten Höhe zu erheben.

- könnte mit Änderung der Mittagessen-Satzung formal überholt sein; allerdings bestehen rechtliche Unsicherheiten
- Stadtverwaltung bereitet gleichwohl für SVV am 18. Juni 2020 DS zur Aufhebung des SVV-Beschlusses vor.

TOP 11 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

keine

TOP 12 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Frau Wagner beendet um 22.16 Uhr den nicht öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen. Es wird eine kurze Pause anberaunt.

Die Niederschrift umfasst 11 Seiten. Es sind 5 Präsentationen den jeweiligen TOPen zugeordnet.

Elke Wagner

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin